

Irak: Flüchtlingsströme und humanitäre Hilfe

Die als Folge des Irak-Krieges allgemein befürchteten Flüchtlingswellen in die Anrainerstaaten blieben aus. Nur wenige Menschen aus dem Irak gelangten in die eingerichteten Zeltlager in Syrien, dem Iran, Jordanien, Kuwait und der Türkei. Dabei handelte es sich in der Mehrzahl um Gastarbeiter aus dem Sudan, Somalia und Ägypten. Innerhalb des Landes kam es jedoch in den vergangenen Wochen zu erheblichen Bevölkerungsbewegungen von Kriegsflüchtlings.

Die am stärksten von diesen Binnenwanderungen betroffene Region des Landes ist der überwiegend von Kurden bewohnte Norden des Iraks. Hier waren nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) zeitweise bis zu 500.000 Einwohner auf der Flucht. Das kurdische Parlament im Nordirak verhängte folglich Mitte März den Ausnahmezustand. Nach übereinstimmenden Angaben verschiedener Hilfsorganisationen verließen rund 85% der Bevölkerung der an der Grenze zum Kurdengebiet gelegenen Städte Mossul, Kirkuk und Dohuk ihr Zuhause. Die Binnenflüchtlinge versteckten sich aus Angst vor Giftgasangriffen des Regimes von Saddam Hussein vornehmlich in den umliegenden Bergregionen. Unter Hussein wurden nach dem Aufstand der Kurden im Jahr 1991 bereits chemische Waffen eingesetzt, wobei rund 5.000 Menschen getötet wurden. Hinzu kam die Furcht vor Luftangriffen der Alliierten.

Dem Drängen von mehreren zehntausend Kurden in Richtung türkische Grenze begegnete die Regierung in Ankara mit dem Einmarsch von Truppen in den Nordirak, um die Flüchtlingsströme zu bündeln und in Auffanglager auf irakischem Boden zu leiten. Die kurdische Bevölkerung sah im türkischen Vorrücken den Versuch, einen autonomen kurdischen Staat zu verhindern. Vereinzelt kam es daher zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Separatisten und der türkischen Armee.

Vor allem aus dem nördlichen Irak gelangte eine Flüchtlingsbewegung in Richtung der iranischen Grenze. Nach Angaben der Vereinten Nationen waren es rund 22.000 Personen, die sich im Bereich der irakischen Städte Panjwin und Nowsud nahe der iranischen Grenzprovinz Kurdistan seit Ende März

gruppierten. Einen Grenzübertritt in die Flüchtlingslager auf iranischer Seite erwogen die Betroffenen vorerst jedoch nicht.

Zusätzlich sprach das UN-Welternährungsprogramm (WFP) von rund 5.000 Personen, die im Norden des Iraks umherirrten. Im zentralen und südlichen Irak blieben die großen Flüchtlingsbewegungen hingegen aus. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) hatte gerade für den Fall länger anhaltender Kämpfe in Bagdad, Basra und Tikrit mit bis zu 3 Mio. Binnenvertriebenen und 600.000 Flüchtlingen, die über die Grenzen in die Nachbarstaaten wandern, gerechnet.

Für deren Versorgung waren 60 Mio. US-Dollar monatlich veranschlagt und umfangreiche Vorkehrungen in den entsprechenden Ländern vorgenommen worden. Sten Bronee, Sprecher des UNHCR, vermutete als Gründe für das Ausbleiben einer Massenflucht über die Grenzen der Nachbarstaaten vor allem die anhaltenden Kampfhandlungen und Maßnahmen der irakischen Behörden, Flüchtlingsbewegungen zu unterbinden. Zudem sei bei der Bevölkerung eine gewisse Abwartehaltung zu beobachten.

Die humanitäre Hilfe im Irak gestaltete sich für die internationalen Hilfsorganisationen während der heftigen Kämpfe um die großen Städte schwierig. Vorkehrungen, die in den Anrainerstaaten getroffen wurden, wie etwa die Wiederinstandsetzung eines alten Flüchtlingslagers aus dem letzten Golfkrieg in Nord-syrien, blieben teils völlig nutzlos aufgrund der nicht einsetzenden Flüchtlingsbewegungen. Dagegen harrten außer dem Internationalen Roten Kreuz (IRK), das sich während des Krieges auf die Betreuung von Kriegsverletzten konzentrierte, keine weiteren Hilfsorganisationen mit ausländischen Mitarbeitern in den hart umkämpften Regionen im Zentral- und Südirak aus. Die anderen Hilfsorganisationen zogen nach Jordanien und machten dessen Hauptstadt Amman zum operativen Zentrum. Die Koordinierung der Hilfe für irakische Binnenflüchtlinge hatte die UN in die Hände der Internationalen Organisation für Migration (IOM) gelegt, die jedoch weder Büros noch Ressourcen im Krisengebiet besitzt. Seit dem Abflauen der Kämpfe im Süden und dem Fall Bagdads und Tikrits kehren die Hilfsorganisationen nun zurück.

Besonders hart traf die Iraker die Einstellung der Lebensmittelverteilungen im Zusammenhang des „Öl-für-Nahrung“-Programms der UN (Oil for food) noch vor Ausbruch des Krieges, auf dessen Lieferungen zwei Drittel der Bewohner des Landes angewiesen waren. Es hatte die irakische Bevölkerung trotz des bestehenden Embargos seit 1996 mit Importgütern versorgt, die aus dem Erlös von Ölexporten finanziert wurden.

Die befürchtete humanitäre Katastrophe blieb aufgrund des schnellen Sturzes des Hussein-Regimes weitgehend aus. Die Lebensmittelvorräte, die etwa das WFP in den Nachbarländern lagerte, kommen jetzt ins Land. Bei einem länger anhaltenden Krieg hatte

Inhalt

Irak: Flüchtlingsströme und humanitäre Hilfe	1
Deutschland: Gute Lesekompetenz der Viertklässler	2
Kurzmeldungen - Deutschland	3
Frankreich: Erster nationaler Islamrat gewählt	3
Länderinfo: Zuwanderung nach Japan	3
Kurzmeldungen - Welt	4
Nordamerika: Weitere Verstärkung des Grenzschutzes	5
Bewerbungsaufruf / Call for Papers	5
Veranstaltungen	6
In eigener Sache	6
Literatur	6
<i>Zusätzlich in der Internetausgabe: (www.migration-info.de)</i>	
Frankreich: Weitere Schritte bei der Reform der Einwanderungsgesetzgebung	
Mexiko: Staatsangehörigkeit für ausbürgerte Mexikaner	

die UN damit gerechnet, nach dem Verbrauch der Vorräte im Land bis zu 500.000 Tonnen Lebensmittel monatlich in den Irak liefern zu müssen. Hierfür war ein vorläufiger Kostenumfang von 1,2 Mrd. US-Dollar vorgesehen, was das Ausmaß aller bisherigen Nahrungslieferungen der UN in Krisengebiete übertroffen hätte. Die größte Menge, die jemals in einem Monat geliefert wurde, waren 120.000 Tonnen im Dezember 2001 für Afghanistan.

Bereits zum Ende der Kämpfe hin bestand der größte Mangel aber in der Versorgung der Krankenhäuser. Während des Dauerbombardements der Hauptstadt gingen den Kliniken Betäubungsmittel und Verbandsmaterial aus. Nach Beendigung der schweren Gefechte setzten vor allem in Bagdad zudem massive Plünderungen medizinischer Einrichtungen ein, denen es auch deshalb am Nötigsten fehlt.

Im Rahmen des humanitären Hilfsprogramms für den Irak will die UN nun wieder auf Mittel und Vorräte

aus dem „Öl-für-Nahrung“-Programm zurückgreifen. Doch machte Generalsekretär Kofi Annan in diesem Zusammenhang deutlich, dass es sich dabei um eine begleitende Maßnahme handeln soll. Hauptverantwortliche für die Versorgung der irakischen Bevölkerung seien die Länder, die den Krieg gegen Bagdad begonnen hätten, so Annan. Zudem kam es auch zu Uneinigkeit unter den Ländern der Koalition und Nationen wie Frankreich und Russland über künftige Richtlinien des Programms. Unklar ist weiterhin, ob die Öl-Gelder, die dem Programm über eine Treuhandbank zufließen, allein für die Versorgung der irakischen Bevölkerung oder auch für Wiederaufbauzwecke bei zerstörten Einrichtungen der Ölindustrie verwendet werden. Im letzteren Fall könnten in der Folge britische und US-Firmen mit Mitteln aus dem Programm bezahlt werden.

Christoph Wöhrle, Humboldt-Universität Berlin

Weitere Informationen unter:

www.unhcr.ch/cgi-bin/txis/vtx/iraq

Deutschland: Gute Lesekompetenz der Viertklässler

Anfang April veröffentlichte das deutsche IGLU-Konsortium unter der Federführung der Universität Hamburg zusammengefasste Ergebnisse der Internationalen Grundschul-Leseuntersuchung (IGLU), in der die Lesekompetenz von Schülern der vierten Jahrgangsstufe getestet wurde. Deutschland schnitt im Vergleich zur PISA-Studie mit Ergebnissen im oberen Mittelfeld gut ab.

Die IGLU-Erhebung testete in 35 Staaten insgesamt rund 147.000 Schüler. Die Erhebung wurde im Frühjahr 2001 durchgeführt. Für Deutschland nahmen alle 16 Bundesländer mit mehr als 10.000 Schülern daran teil. Insgesamt schloss Deutschland im internationalen Vergleich deutlich besser ab als bei der PISA-Studie, in der 15-jährige Schüler getestet wurden (vgl. MuB 1/02 und 3/03). Während Deutschland bei der PISA-Erhebung unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielte, platzierten sich die deutschen Grundschüler im oberen Mittelfeld.

Ferner nahm Deutschland eine Erweiterung vor (IGLU-E), die die Kompetenzen im mathematisch-naturwissen-

schaftlichen Bereich erfasst. Die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt nahmen allerdings hieran nicht teil.

Die IGLU-Studie machte auch deutlich, dass es verschiedene Schülergruppen gibt, „die nicht die Bildungsziele erreichen, die notwendig sind, um sich in der heutigen Gesellschaft zurecht zu finden und sich selbstständig weiter zu entwickeln“. Die Forscher identifizierten dabei zwei Hauptgruppen: Schüler aus einem „anregungsarmen häuslichen Milieu“ und Schüler mit mangelnden Schrift- und Sprachkenntnissen „aufgrund der nicht-deutschsprachigen Sozialisation in Familien mit Migrationshintergrund“. Bei letzteren zeigt sich in allen drei Kompetenzbereichen (Lesen/Mathematik/Naturwissenschaft), dass sie deutlich schlechter abschnitten als Kinder ohne Migrationshintergrund. Die geringsten Punkte erzielten dabei Schüler, von denen beide Eltern im Ausland geboren wurden (siehe Abbildung). Hier ist eine frühzeitige Sprachförderung dringend erforderlich.

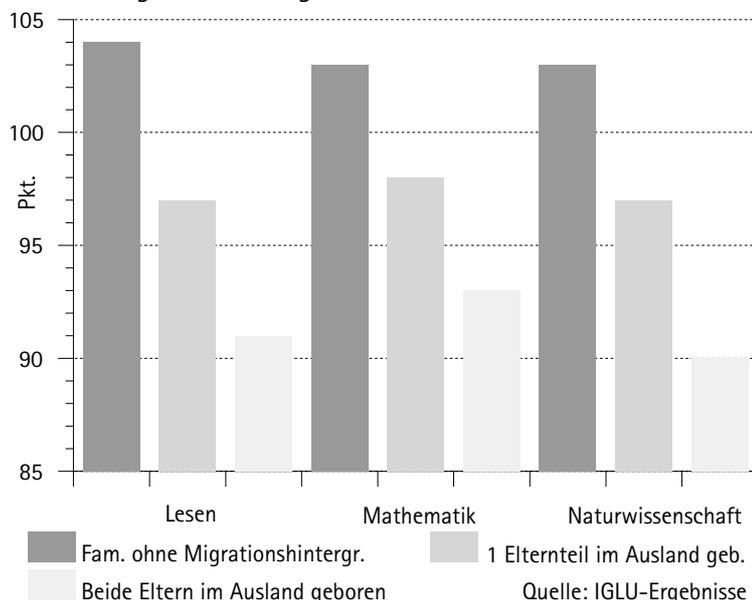
Aufgrund des besseren Abschneidens der Schüler bei IGLU im Vergleich zu PISA werden Forderungen nach einer längeren Grundschulzeit laut. Denn der Leistungsabfall erfolgt nach den Erkenntnissen dieser Studien erst nach der Aufteilung in das dreigliedrige Schulsystem (Haupt-/Realschule/Gymnasium). „Wie PISA gibt IGLU auch deutliche Hinweise, dass eine zu frühe Aufgliederung auf verschiedene Schularten problematisch ist. Die Grundschulen kommen offenbar mit der sehr unterschiedlich zusammengesetzten Schülerschaft besser zurecht als die weiterführenden Schulen“, so Berlins Bildungsminister Klaus Böger (SPD). Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) fordert, die gemeinsame Schulzeit aller Kinder auf 6 bis 8 Schuljahre auszuweiten. Sowohl Berlin als auch Brandenburg verfügen bereits über eine 6-jährige Grundschulstufe, in den anderen Bundesländern endet die Grundschule nach der 4. Klasse. Auch die FDP-Politikerin Ulrike Flach (MdB) und Grünen-Politikerin Grietje Bettin (MdB) fordern bundesweit eine 6-jährige Grundschulzeit. Die Kultusministerkonferenz lehnt dies bisher jedoch ab.

Online-Informationen unter:

www.erzwiss.uni-hamburg.de/IGLU/home.htm

Publikation: Bos, W.; Lankes, E.M.; Schwippert, K., Walther, G.; Valtin, R. (Hrsg.): *Erste Ergebnisse aus IGLU. Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich*. Münster: Waxmann, 2003. ISBN: 3-8309-1200-5, Preis: 19,90 Euro.

Lesekompetenz, mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenz nach Migrationshintergrund



Frankreich: Erster nationaler Islamrat gewählt

Mitte April fand in Frankreich die Wahl zum ersten nationalen Islamrat statt. Dieser soll künftig alle Muslime in Frankreich gegenüber der französischen Regierung repräsentieren.

Erstmals in der Geschichte Frankreichs bekommt die mit ca. 5 Mio. Gläubigen größte muslimische Gemeinde innerhalb der Europäischen Union eine einheitliche und institutionalisierte Vertretung. Der Französische Muslimische Rat (Conseil français du culte musulman, CFCM) soll alle muslimischen Strömungen Frankreichs repräsentieren und vergleichbar mit dem Repräsentativrat der französischen Juden und den christlichen Kirchen Dialogpartner für die Regierung sein. Parallel zur nationalen Wahl wurden regionale Räte gewählt.

Kurzmeldungen - Deutschland

Weniger Geburten und mehr Sterbefälle im Jahr 2002

Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes wurden in Deutschland im vergangenen Jahr 725.000 Kinder lebend geboren, 5.000 oder 0,7% weniger als 2001. Die Zahl der Geburten geht seit 1991, mit Ausnahme der Jahre 1996 und 1997, zurück. Allerdings hat sich die Abnahme jetzt deutlich abgeschwächt: Von 2000 auf 2001 hatte der Rückgang etwa 4% betragen. Auch die Zahl der Sterbefälle war von 1993 bis 2001 ständig zurückgegangen. Mit rund 845.000 Gestorbenen ist dagegen für das Jahr 2002 eine Zunahme um 24.000 bzw. 2,9% zu verzeichnen. Das Geburtendefizit betrug somit 120.000 Personen (2001: 90.000).

www.destatis.de/presse/deutsch/pm2003/p1210023.htm

Weniger Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2002

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ging die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2002 im Vergleich zum Vorjahr um ca. 4.600 Fälle (-3,4%) auf ca. 130.400 zurück. Knapp drei Viertel (71%) der Frauen waren zum Zeitpunkt des Abbruchs im Alter von 18 bis unter 35 Jahren, rund 6% waren minderjährig und etwa 7% 40 Jahre und älter.

www.destatis.de/basis/d/gesu/gesutab16.htm

Zahl der fremdenfeindlich und antisemitisch motivierten Straftaten rückgängig

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums betrug die Zahl fremdenfeindlich motivierter Straftaten im Jahr 2002 bundesweit 2.789. Im Vergleich zu 2001 (3.391) bedeutet dies einen Rückgang um 18 %. Die Zahl antisemitisch motivierter Straftaten blieb im selben Zeitraum relativ stabil. 2002 lag sie bei 1.594, der Rückgang gegenüber 2001 betrug somit 2% (2001: 1.629).

www.bmi.bund.de

Berlin: Neuer Ausländerbeauftragter ab 1. Juni 2003

Berlins langjährige Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) wird in ihrem Amt zum 1. Juni 2003 von Günter Piening (Bündnis 90/Die Grünen) abgelöst. John war seit 1981 Ausländerbeauftragte. Piening ist seit 1996 Ausländerbeauftragter in Sachsen-Anhalt.

Frühere Bemühungen seitens der Regierung, einen einheitlichen muslimischen Dachverband zu schaffen, waren am Vorherrschaftsanspruch verschiedener muslimischer Organisationen gescheitert. Ende Dezember 2002 hatte Innenminister Nicolas Sarkozy (RPR) durchgesetzt, dass ein Drittel der insgesamt 58 Mandate, darunter die leitenden Instanzen, durch die französischen Behörden bestimmt werden. Unabhängig vom Wahlausgang wurde der Präsident Jacques Chirac (RPR) nahestehende Dalil Boubaker, Rektor der als gemäßigten geltenden Großen Pariser Moschee, zum Präsidenten des Rates ernannt. Die unter marokkanischem Einfluss stehende Nationale Föderation der Muslime Frankreichs (FNMF) und die wegen ihrer Kontakte zu den Muslimbrüdern als islamistisch geltende Union der islamischen Organisationen Frankreichs (UIOF) werden je einen Vizepräsidenten stellen. Erst ab der zweiten Wahl 2005 sollen alle Sitze über Wahlen vergeben werden.

Abstimmungsberechtigt waren 4.032 Delegierte von 992 Moscheen und Gebetsstätten (von insgesamt 1.500). Die Zahl der Wahlmänner jeder Moschee richtete sich dabei nach der Grundfläche der Moschee bzw. des Gebetsraumes und nicht nach der tatsächlichen Zahl der regelmäßigen Besucher. Einige Muslime, darunter viele junge Leute aus den Vorstädten, kritisierten die vorherige Festlegung der führenden Gremien und den Wahlmodus, der mehrere Hundert kleinere Moscheen ausschloss. Zwei der insgesamt 13 zur Wahl stehenden Organisationen riefen deswegen zum Boykott der Wahl auf. Die Wahlbeteiligung lag dennoch bei 88%. Aus der Abstimmung, die am 6. und 13. April stattfand, ging die FNMF mit 16 der insgesamt 41 zu vergebenen Sitze als Sieger hervor. Die extremistische UIOF schnitt überraschend stark ab und erhielt 13 Sitze. Die Liste der Moschee von Paris erreichte nur 6 Sitze. Die übrigen Sitze teilen sich kleinere unabhängige Listen sowie Vertreter des Übersee-Departements Réunion. Die konstituierende Sitzung ist für Mai angesetzt. Die französische Regierung erhofft sich von der Schaffung des Rates eine stärkere Identifikation der französischen Muslime mit der Republik und eine bessere Integration in die französische Gesellschaft. „Wenn Fundamentalismus und Extremismus sich so weit ausgebreitet haben in Frankreich, dann weil wir nur einen Islam der Keller und Garagen zugelassen haben“, so Innenminister Sarkozy.

Einige Beobachter interpretieren die Gründung des Rates auch als Versuch, mehr Kontrolle über die muslimische Gemeinschaft zu erlangen oder sogar als Antiterrormaßnahme. Den muslimischen Führern wurde ein Mitspracherecht in der französischen Politik in Aussicht gestellt.

Länderinfo: Zuwanderung nach Japan

Japan ist eines der westlichen Industrieländer, deren Bevölkerungsstruktur durch einen niedrigen Ausländeranteil gekennzeichnet ist. Ein wesentlicher Grund dafür ist eine allgemein ver-

breitete Überfremdungangst. Dementsprechend verfügt Japan über eine strenge Zuwanderungskontrolle, mit der die Einreise von (unqualifizierten) Arbeitsmigranten möglichst verhindert werden soll.

Die Zahl der Wahlmänner jeder Moschee richtete sich dabei nach der Grundfläche der Moschee bzw. des Gebetsraumes und nicht nach der tatsächlichen Zahl der regelmäßigen Besucher. Einige Muslime, darunter viele junge Leute aus den Vorstädten, kritisierten die vorherige Festlegung der führenden Gremien und den Wahlmodus, der mehrere Hundert kleinere Moscheen ausschloss. Zwei der insgesamt 13 zur Wahl stehenden Organisationen riefen deswegen zum Boykott der Wahl auf. Die Wahlbeteiligung lag dennoch bei 88%.

Aus der Abstimmung, die am 6. und 13. April stattfand, ging die FNMF mit 16 der insgesamt 41 zu vergebenen Sitze als Sieger hervor. Die extremistische UIOF schnitt überraschend stark ab und erhielt 13 Sitze. Die Liste der Moschee von Paris erreichte nur 6 Sitze. Die übrigen Sitze teilen sich kleinere unabhängige Listen sowie Vertreter des Übersee-Departements Réunion. Die konstituierende Sitzung ist für Mai angesetzt.

Die französische Regierung erhofft sich von der Schaffung des Rates eine stärkere Identifikation der französischen Muslime mit der Republik und eine bessere Integration in die französische Gesellschaft. „Wenn Fundamentalismus und Extremismus sich so weit ausgebreitet haben in Frankreich, dann weil wir nur einen Islam der Keller und Garagen zugelassen haben“, so Innenminister Sarkozy.

Einige Beobachter interpretieren die Gründung des Rates auch als Versuch, mehr Kontrolle über die muslimische Gemeinschaft zu erlangen oder sogar als Antiterrormaßnahme. Den muslimischen Führern wurde ein Mitspracherecht in der französischen Politik in Aussicht gestellt.

Eine der ersten Aufgaben des Französischen Rates des muslimischen Kultes (CFCM) wird darin bestehen, sich mit der französischen Regierung über die Ausbildung der Imame zu einigen. Die meisten Imame werden im Ausland ausgebildet und sprechen kein Französisch. Nach Aussagen von Sarkozy brauche Frankreich aber Imame, die „Französisch sprechen und die französische Kultur kennen.“ Weitere Themen sind der Bau von Moscheen, die Berufung islamischer Seelsorger in Krankenhäusern und Gefängnissen, die Einrichtung von Gräbervierteln für Muslime auf Friedhöfen sowie Vorschriften über rituelle Schlachtungen, das so genannte Schächten, und das Tragen von Kopftüchern aus religiösen Gründen.

Nach dem Erfolg der UIOF erklärte Sarkozy gegenüber dem Rundfunk, dass „der französische Islam von ausländischen Einflüssen befreit“ werden müsse und drohte Imamen, „die Aussagen gegen die Werte der Republik“ machen, die Abschiebung an. *me*

Weitere Informationen unter:
www.mosquee-de-paris.org/CFCM/DocTrav.html;
www.interieur.gouv.fr/rubriques/c/c2_le_ministere/c21_actualite/2002_12_16_musulman

breitete Überfremdungangst. Dementsprechend verfügt Japan über eine strenge Zuwanderungskontrolle, mit der die Einreise von (unqualifizierten) Arbeitsmigranten möglichst verhindert werden soll.

Einwanderungspolitik: Die Einreisemöglichkeiten für Ausländer wurden bis 1990 auf wenige zweck-

bestimmte Bereiche wie Familienzusammenführung, Kurzbesuche (Tourismus, Geschäfts- bzw. Verwandtenbesuch), Studium oder Schulausbildung, Ausübung akademischer bzw. künstlerischer Aktivitäten oder andere, in jedem Fall aber genau definierte, Beschäftigungen beschränkt. Auch während des starken Wirtschaftswachstums der 50er und 60er Jahre warb Japan keine ausländische Gastarbeiter zur Behebung des Arbeitskräftemangels an, sondern konnte auf das Arbeitskräftepotential von Japanern aus ländlichen Regionen zurückgreifen. Der Ausländeranteil lag deshalb bis Mitte der 80er Jahre fast unverändert bei rund 0,7% (ca. 800.000 Personen) bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 110-120 Mio.

Aktuelle Trends: In den vergangenen zwei Jahrzehnten nahm die Zahl der Ausländer jedoch stetig zu und erreichte im Jahr 2001 eine Rekordhöhe. Nach Angaben des japanischen Amtes zur Einreisekontrolle lebten Ende 2001 über 1,7 Mio. Ausländer in Japan. Dies entspricht rund 1,4% der Gesamtbevölkerung. Die größte Gruppe bilden mit rund 632.000 Personen bzw. 35,6% der gesamten ausländischen Wohnbevölkerung die Koreaner (Süd- u. Nord-Korea). Es folgen Chinesen (rund 380.000: 21,4%), Brasilianer (ca. 266.000: 15%), Filipinos (ca. 157.000: 8%) und Peruaner (50.000: 2,8%).

Die ausländische Bevölkerung Japans lässt sich in zwei Gruppen unterteilen. Die erste Gruppe umfasst Migranten und deren Nachkommen, die sich im Zuge der japanischen Kolonisationspolitik (1910-45) als Zwangsarbeiter in Japan ansiedeln mussten. Dabei handelt es sich vor allem um Koreaner und zum Teil auch Chinesen (Taiwanesen). Diese Gruppe bildete bis Ende der 80er Jahre die Mehrheit der Ausländer in Japan. Im Jahr 2001 betrug ihr Anteil 28,2% der ausländischen Wohnbevölkerung (500.782 Personen).

Die zweite seit zwei Jahrzehnten stetig wachsende Gruppe sind Personen, die zum Zweck eines Studiums (inkl. Sprachschule) oder eines Praktikums bei japanischen Betrieben nach Japan kommen, wobei eine begrenzte Beschäftigung erlaubt ist. Im Vordergrund dieser Praktika steht oftmals jedoch nicht die Ausbildung, sondern die Möglichkeit zur geringfügigen Beschäftigung. Ein großer Teil der in jüngerer Zeit nach Japan gekommenen Koreaner und Chinesen ließen sich als Praktikanten einstellen. Die Mehrzahl der Filipinos sind dagegen offiziell als Künstler registriert, dabei handelt es sich in den meisten Fällen um Tänzer und Tänzerinnen.

Besonderheit: Eine japanische Besonderheit ist der Rechtsstatus der brasilianischen und peruanischen Migranten. Dieser Personenkreis wird inoffiziell als „Nikkei“ (zu Deutsch: Personen mit japanischer Abstammung) bezeichnet, da sie als Nachkommen der japanischen Auswanderer gelten, die um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert aus wirtschaftlicher Not in diese

lateinamerikanischen Länder auswanderten. Sie erhielten aufgrund ihrer „verwandtschaftlichen Beziehung zu Japan“ anfänglich eine unbefristete Besuchserlaubnis bei ihren Verwandten sowie eine Arbeitsgenehmigung. Seit der Reform des Einreisekontrollgesetzes, die 1990 in Kraft trat, gewährt ihnen die japanische Regierung eine Dauer-aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Die Zahl der „Nikkei“ steigt seit Mitte der 80er Jahre ebenfalls.

Der Zuzug dieser neuen Immigrantengruppen, insbesondere der „Nikkei“, spiegelt eine sehr pragmatische Umsetzung der Zuwanderungspolitik wider. Offiziell gilt weiterhin strenge Zuwanderungskontrolle, aber inzwischen wird die Einreise billiger Arbeitskräfte auf mehreren Wegen ermöglicht und sogar gefördert. Dies hängt mit der seit Mitte der 80er Jahre zunehmenden Nachfrage nach Arbeitskräften zusammen.

Flucht und Asyl: Immer noch restriktiv bleibt dagegen die Anerkennungspraxis von Asylsuchenden. Japan ratifizierte zwar 1982 die Genfer Flüchtlingskonvention und nahm daraufhin Anfang der 80er Jahre mehr als 10.000 vietnamesische Bootsflüchtlinge auf. Aber in den letzten 20 Jahren wurden insgesamt nur 350 von rund 2.800 Asylgesuchen anerkannt. Das entspricht 12,5%. 2002 betrug die Anerkennungsquote 5,6%, 14 von 250 Asylanträgen wurden bewilligt.

Die Mehrzahl (rund 55%) der Asylsuchenden stammt aus der Türkei, Myanmar, Pakistan und China. Allerdings gelingt es vielen Asylsuchenden nicht, überhaupt einen Antrag in Japan zu stellen. Erfolgt die Antragstellung nach mehr als 60 Tagen nach der Einreise, ist der Anspruch auf ein Asylgesuch gänzlich verwirkt. In diesem Fall gelten Asylsuchende als illegale Einwanderer. Sowohl innerhalb Japans als auch international wird diese Praxis kritisiert. Angesichts der Kritik wird zur Zeit in Japan eine Reform der Asylpolitik diskutiert.

Staatsangehörigkeit: Das japanische Staatsangehörigkeitsgesetz basiert auf dem Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*). Für den Erwerb der japanischen Staatsbürgerschaft gelten eine Reihe von Voraussetzungen, von denen vor allem das vage Kriterium „einwandfreies Verhalten“ umstritten ist, da es viel Interpretationsspielraum lässt. Die Einbürgerungszahlen stiegen seit Anfang der 90er Jahre von jährlich rund 10.000 Einbürgerungen auf rund 14.000 im Jahr 2002.

Ausblick: Japan versteht sich nicht als Einwanderungsland und legt hohen Wert auf seine ethnische Homogenität. Offiziell wird die japanische Zuwanderungspolitik in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter auf ihrem Kurs der rigiden Zuwanderungskontrolle bleiben. In der Öffentlichkeit, vor allem von Seiten der Wirtschaft, werden jedoch die Stimmen für eine gesteuerte Öffnung des japanischen Arbeitsmarktes immer lauter. Begründet werden diese Forderungen vor allem mit dem trotz der anhaltenden Wirtschaftskrise in Japan herrschenden Arbeitskräftemangel im Bereich der Informationstechnologie sowie im Pflegebereich. Im Hinblick auf pflegerische Tätigkeiten wird die voranschreitende Bevölkerungsalterung als Argument angeführt.

Trotz der offiziellen Haltung zur Einwanderung sind auf kommunaler Ebene bereits viele Initiativen für die Integration und das Zusammenleben mit der ausländischen Bevölkerung ergriffen worden. *Kaoru Iriyama, Humboldt-Universität Berlin*

Weitere Informationen unter:

www.kisc.meiji.ac.jp/~yamawaki/gmj/ (in Englisch); www.migrationinformation.org/Profiles/display.cfm?ID=39

Kurzmeldungen - Welt

Australien: Internierungslager Woomera geschlossen

Ende März 2003 wurde das in der australischen Wüste gelegene Lager für Asylbewerber Woomera geschlossen. Als offizielle Begründung wurde die rückläufige Zahl von Flüchtlingen angegeben. Dies ist das Ergebnis der äußerst restriktiven Abwehrpolitik gegenüber Bootsflüchtlingen, bei der die Marine gegen Flüchtlingsschiffe eingesetzt wird (vgl. MuB 8/01 und 3/02). Menschenrechtsorganisationen hatten seit Jahren die Lebensbedingungen in dem Lager verurteilt und mehrfach dessen Schließung gefordert. Ein zweites Camp auf der australischen Weihnachtsinsel wurde ebenfalls geschlossen. Beide Lager sollen im Bedarfsfall reaktiviert werden können.

USA: Festnahme von Asylbewerbern aus 33 Staaten

Seit dem 18. März 2003 werden Asylbewerber aus insgesamt 33 Staaten bei ihrer Einreise in die USA in temporären Gewahrsam genommen. Die Maßnahme, die nach Angaben des Ministeriums für Nationale Sicherheit im Zusammenhang mit dem Irakkrieg stehe, betrifft Staatsangehörige von Staaten, bei denen Verbindungen zum Al-Qaida-Netzwerk vermutet werden.

Nordamerika: Weitere Verstärkung des Grenzschutzes

An den Grenzen der Vereinigten Staaten zu Kanada und Mexiko wurden weitere Schritte zur Verstärkung des Grenzschutzes eingeleitet. Dabei kooperieren die USA mit den zuständigen Behörden beider Nachbarländer.

Der US-amerikanische Minister für Nationale Sicherheit Tom Ridge (Republikaner) und der mexikanische Innenminister Santiago Creel (PAN) verständigten sich auf einem Treffen am 23./24. April 2003 in San Diego über eine Fortführung der Zusammenarbeit im Bereich des Grenzschutzes. Bereits im März 2002 einigten sich US-Präsident George W. Bush (Republikaner) und sein mexikanischer Amtskollege Vicente Fox Quesada (PAN) auf die Einrichtung einer so genannten „intelligenten Grenze“. Diese Grenze soll einerseits Handels- und Warenströmen sowie täglichen Grenzgängern einen möglichst unkomplizierten Grenzübergang garantieren, andererseits aber Schmuggler, Schleuser, Drogenhändler und andere Gesetzesbrecher konsequent abwehren (vgl. MuB 3, 4 und 9/02).

Trotz jüngster diplomatischer Verstimmungen zwischen beiden Staaten aufgrund der kritischen Haltung der mexikanischen Regierung zum Irak-Krieg, betonten beide Seiten, dass die Kooperation im Grenzschutz sowie im Kampf gegen den Terrorismus weiterhin problemlos verlaufe. Während des Krieges setzte die mexikanische Regierung 18.000 Soldaten und 12.000 Polizisten zum Schutz von Einrichtungen ein, die für die Vereinigten Staaten von besonderer Bedeutung sind. Dazu zählten Grenzübergänge, Flughäfen, Versorgungseinrichtungen, touristische Anlagen sowie Schulen, die von US-amerikanischen Schülern in Mexiko besucht werden.

Ebenso sprachen Ridge und Creel das Thema der mexikanischen Einwanderung in den USA an. Entgegen vorheriger US-amerikanischer Stellungnahmen bewegte sich Ridge in der Frage der Regulierung mexikanischer Einwanderung auf seinen mexikanischen Gesprächspartner zu: „Ich glaube fest daran, dass die geordnete, rechtmäßige Einreise von Menschen über unsere gemeinsame Grenze allgemeine Vorteile bringt, nicht nur in unserem Krieg gegen Terrorismus, sondern [...] für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unserer beider Länder.“ Auf einer Pressekonferenz bestritt Creel, dass die Legalisierung von Mexikanern, die sich illegal in den USA aufhalten, sowie ein Gastarbeiterprogramm eine Voraussetzung für eine intensiviertere Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen sei. Gleichzeitig betonte er jedoch: „Es ist absurd zu glauben, dass die USA Sicherheit innerhalb ihrer Grenzen schaffen kann, wenn hier 4 Mio. Menschen leben, von denen niemand weiß, wer sie sind, wie ihre Namen lauten, wo sie arbeiten oder wo genau sie sich aufhalten.“ Schätzungen zufolge lag die Zahl illegal anwesender Mexikaner in den USA im Jahr 2000 bei 4,7 Mio. (vgl. MuB 9/02).

Wenige Tage vor dem hochrangigen Treffen berichteten US-amerikanische Medien, in Mexiko würden sich Mitglieder des Terrornetzwerks Al Qaida aufhalten und in Zusammenarbeit mit organisierten Kriminellen eine Einreise in die USA vorbereiten. Die mexikanische Regierung wies diese Behauptungen zurück. Regie-

runngssprecher betonten, dass die Kontrollen an den Flughäfen und Landgrenzen vehement verstärkt wurden und insbesondere Staatsbürger aus dem Mittleren und Nahen Osten sowie aus arabischen Staaten einer strengen Kontrolle unterzogen würden.

Unterdessen ging in den USA die Debatte um die Sicherheit der US-Grenzen weiter. Während einer Anhörung vor dem Senatsunterausschuss für Einwanderungsfragen am 12. März 2003 bestätigte der Untersekretär für Grenz- und Transportsicherheit im Ministerium für Nationale Sicherheit, Asa Hutchinson (Republikaner), dass die Frist zur Einrichtung eines automatisierten Ein- und Ausreise-Kontrollsystems (NSEERS) zwar in den Flug- und Seehäfen eingehalten werden könne, dies jedoch an den Landgrenzen wesentlich schwieriger sei. Bis zum 31. Dezember 2003 muss das Ein- und Ausreise-Kontrollsystem in den Flug- und Seehäfen installiert sein. Bis Ende 2004 sind die 50 wichtigsten Grenzübergänge an den Landgrenzen mit diesem System auszustatten und bis Ende 2005 muss das neue Kontrollsystem an sämtlichen 220 Grenzübergängen der USA installiert worden sein. Vor allem die vorgesehene Einführung von so genannten Smart Cards mit biometrischen Daten würde die Einrichtung des Ein- und Ausreise-Kontrollsystems verzögern, so Hutchinson.

Im Haushaltsjahr 2003 sind 6,7 Mrd. US\$ für Zoll und Grenzschutz vorgesehen, dies entspricht einem Anstieg von 33% gegenüber dem Vorjahr. Das Ministerium für Nationale Sicherheit kündigte außerdem an, dass die US-amerikanische Grenzschutzpolizei (Border Patrol) zwei neue hochmoderne Helikopter sowie zunächst 10 zusätzliche Kontrolltürme mit Videokameras und Nachtsichtgeräten erhalten werde. Sowohl die Helikopter als auch die Kontrolltürme sollen in den Grenzgebieten der Bundesstaaten New Mexico und Arizona zum Einsatz kommen. Diese Gebiete entwickelten sich in den letzten Jahren zu Hauptübergangsbereichen für illegal einreisende Migranten und sind aufgrund der natürlichen Gegebenheiten (Berge, Wüsten) zum Teil besonders schwer zu kontrollieren. Nach Angaben der Border Patrol verloren im Zeitraum 1995 bis Ende 2003 rund 1.700 Migranten ihr Leben, als sie versuchten, illegal in die USA zu gelangen.

Auch zwischen der kanadischen und US-amerikanischen Regierung gehen die Gespräche zu gemeinsamen Maßnahmen im Grenzschutz sowie im Kampf gegen Terrorismus weiter (vgl. MuB 1/02). Daten über ein- und ausreisende Personen sollen zwischen beiden Nachbarstaaten ausgetauscht werden, so der stellvertretende kanadische Ministerpräsident John Manley (Liberales). Die kanadische Regierung versucht bei ihren Verhandlungen mit den USA, eine Ausnahmeregelung für kanadische Staatsbürger beim Ein- und Ausreise-Kontrollsystem zu erlangen. Die Grenze zwischen den USA und Kanada ist insgesamt 8.893 km lang (davon 2.477 km Grenze zwischen Alaska und Kanada). Dies entspricht der 2,8fachen Länge der Grenze zwischen den USA und Mexiko (3.141 km). *sta*

Weitere Informationen unter: www.stopgatekeeper.org; www.cbp.gov; www.whitehouse.gov/infocus/usmxborder/22points.html; www.house.gov/judiciary/immigration.htm

Bewerbungsauf Ruf / Call for Papers

Der Malakoffturm Migration (Bottrop) veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Migration in Europa e.V., der Humboldt Universität zu Berlin und

dem Zentrum für internationale Beziehungen Warschau im August/September 2003 eine deutsch-polnische Sommerschule zum Thema „Migration und

Integration in modernen Gesellschaften“. Die Veranstaltung wendet sich an Studierende aus den Geistes- und Sozialwissenschaften. Weitere Informationen über Der Arbeitskreis „Bevölkerungsgeographie“ der Deutschen Gesellschaft für Geographie und der Arbeitskreis „Migration - Integration - Minderheiten“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie veranstalten auf dem 54. Deutschen Geographentag in Bern am

Veranstaltungen

Die Bundeszentrale für politische Bildung und das DGB Bildungswerk e.V. veranstalten eine Fachtagung zum Thema „Realitäten und Perspektiven eines europäisch geprägten Islam“. Die Tagung findet vom 10. bis 13. Juni 2003 im KonferenzCentrum Brühl statt. Informationen und Anmeldung unter: Bundeszentrale für politische Bildung, E-Mail: kcb@fzbund.de; Tel.: (01888) 6298250; Fax: (01888) 6299020, www.bpb.de/veranstaltungen/75V4YA.html

Die Bundeszentrale für politische Bildung und die kulturpolitische Gesellschaft e.V. veranstalten am 26./27. Juni 2003 den 2. Kulturpolitischen Bundeskongress zum Thema „inter.kultur.politik. – Kulturpolitik in der multiethnischen Gesellschaft“. Der Kongress findet im Berliner Haus der Kulturen der Welt statt. Weitere Informationen und Anmeldung bei: Christine Beckmann und Katrin Hüfner, Tel.: (0228) 20197-0, Fax: -33 sowie online unter: www.kupoge.de/kongress

Eine interdisziplinäre Nachwuchsforschergruppe veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Lehrbereich Stadt- und Regionalsoziologie an der Humboldt-Universität Berlin und der Heinrich-Böll-Stiftung einen zweitägigen Workshop zum Thema „Migration aus der Türkei“. Die

Bewerbungsvoraussetzungen, Zeit, Orte und Inhalt finden sich im Internet unter: www.network-migration.org/summerschool

2.10.2003 eine gemeinsame Sitzung. Die Organisatoren fordern Interessenten dazu auf, bis zum 15. Juni 2003 Referatsvorschläge einzureichen.

Weitere Informationen unter: www.geographie.uni-mannheim.de/dgd/herbsttagung.htm

Tagung findet am 6./7. Juni im Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Informationen bei: Gokce Yurdakul-Bodemann, E-Mail: gyurdaku@chass.utoronto.ca; www2.hu-berlin.de/stadtsoz/migration

Die European Association for Population Studies (EAPS) veranstaltet in Zusammenarbeit mit mehreren weiteren Verbänden die „European Population Conference 2003 – European Population: Challenges and Opportunities“. Die Konferenz findet vom 26. bis 30. August 2003 in Warschau statt. Weitere Informationen bei der EAPS, E-Mail: contact@eaps.nl oder im Internet unter: www.bib-demographie.de/tagungen_kongresse2_2002.pdf

Die Bundeszentrale für politische Bildung und das DGB Bildungswerk e.V. veranstalten eine Fachtagung zum Thema „Zukunft gestalten. Einwanderung und Integration als Herausforderung für die Gesellschaft“. Die Tagung findet am 9. Mai 2003 im Hans-Böckler-Haus in Düsseldorf statt. Anmeldung und weitere Informationen bei: DGB Bildungswerk e.V.; www.dbg-bildung.de; E-mail: migration@dgb-bildungswerk.de; Tel.: (0211) 4301141; Fax: (0211) 4301137

In eigener Sache

Der Newsletter „Migration und Bevölkerung“ ist ab dieser Ausgabe ein Kooperationsprojekt zwischen der Bundeszentrale für politische Bildung und dem

Netzwerk Migration in Europa. Wir danken dem Bereich Bevölkerungswissenschaft der Humboldt-Universität für die langjährige Zusammenarbeit.

Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e.V.
Adresse: Limonenstraße 24, 12203 Berlin
 Tel. (030) 84109267, Fax: (030) 83228236,
 e-mail: MuB@sowi.hu-berlin.de oder
info@network-migration.org
Homepage: www.migration-info.de
ISSN: 1435-7194
Redaktion: Antje Scheidler (verantw.), Stefan Alscher, Marcus Engler,
 Rainer Münz, Veysel Özcan
Bestellung: www.migration-info.de/kontakt

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird vom German Marshall Fund of the United States (GMF) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht des GMF und der bpb wieder. Der Abdruck von Artikeln, Graphiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten. Der Newsletter wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

Weitere Online-Ressourcen: www.network-migration.org,
www.bpb.de, www.demographie.de

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sind online verfügbar: www.migration-info.de

Literatur

Rainer Münz, Rainer Ohliger (Hg.): *Diasporas and Ethnic Migrants. Germany, Israel and Post-Soviet Successor States in Comparative Perspective*. 2003, London, Portland: Frank Cass, ISBN: 0-7146-5232-6, Preis: 39,50 £. Internetbestellung unter: www.frankcass.com

Frank Swiaczny, Sonja Haug (Hg.): *Migration - Integration - Minderheiten. Neuere interdisziplinäre Forschungsergebnisse*. 2003, Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, ISSN: 0178-918X, kostenfrei. Bestellung unter: bib@destatis.de

Merle Hummrich: *Bildungserfolg und Migration*. 2002, Opladen, Leske+Budrich, ISBN: 3-8100-3429-0, Preis: 36,00 Euro. Internetbestellung unter: www.geist.de/leske/verlag-D.html

Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bundesverband e.V.: *Sozialbericht 2002. Die Einwanderungsgesellschaft. Forderungen an das Jahrzehnt der Integration*. 2002, Bonn. Preis: 5,10 Euro. Bestellung per Tel.: (0228) 668 5153 oder E-Mail: vog@awobu.awo.org

Karin Meendermann (Hg.): *Migration und politische Bildung. Integration durch Information*. 2003, Münster: Waxmann, ISBN: 3-8309-1247-1, Preis: 19,80 Euro. Internetbestellung unter: www.waxmann.com